



COVID19
 Fribourg **Freiburg**
www.fr.ch

Auszug aus den Tätigkeitsberichten

Coronavirus – Rückblick 2020



ETAT DE FRIBOURG
 STAAT FREIBURG

Inhaltsverzeichnis

1	Rückblick des Staatsrates	4
1.1	März bis Juni	4
1.2	Juli bis September	5
1.3	Oktober bis Dezember	5
1.4	GSK-Covid-19	5
2	Die Erfahrungen in den verschiedenen Direktionen	6
2.1	Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD)	6
2.2	Sicherheits- und Justizdirektion (SJD)	6
2.2.1	Politische Beteiligung	6
2.2.2	Operative Beteiligung	7
2.3	Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD)	7
2.4	Volkswirtschaftsdirektion (VWD)	9
2.5	Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD)	11
2.5.1	Coronavirus – Rückblick 2020	11
2.5.2	Auswirkungen der Gesundheitskrise auf andere Bereiche	12
2.5.3	Finanzielle Auswirkungen im Pflege- und Sozialbereich	13
2.6	Finanzdirektion (FIND)	14
2.7	Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD)	14
2.8	Staatskanzlei (SK)	14
2.8.1	Beitrag zur Bewältigung der Covid-19-Krise	15
2.8.2	Digitalisierung von Abläufen und Leistungen	15
2.8.3	Zeitraum geprägt von Notfällen aller Art	15
3	Schlussfolgerung	16

1 Rückblick des Staatsrates

Es ist unmöglich, über das Jahr 2020 zu berichten, ohne das Coronavirus zu erwähnen. In einem ausführlichen Bericht, der dem Grossen Rat am 12. Juni 2020 (2020-GC-98) übermittelt wurde, stellt der Staatsrat alle Massnahmen dar, die im Kanton Freiburg im Zusammenhang mit der Bewältigung der von der Covid-19-Pandemie verursachten gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Krise ergriffen wurden. Mit diesem Bericht kann die Regierung dem Ersuchen des Grossen Rates nachkommen, rasch Antworten auf die verschiedenen parlamentarischen Vorstösse (Motionen und Aufträge) in Verbindung mit der Pandemie zu haben, und andererseits soll das Management der ausserordentlichen Lage durch den Staatsrat aus einer umfassenden Sicht dargestellt werden.

Dieser Bericht ist der erste Schritt in einem politischen Prozess, der sich über das Jahr 2020 erstreckt. Am Ende des Sommers folgen dann die Antworten auf die verschiedenen parlamentarischen Anfragen, die im Zusammenhang mit der ausserordentlichen Lage eingereicht wurden. Dann, Anfang September 2020, übermittelt der Staatsrat dem Grossen Rat seinen Plan zur Wiederankurbelung der Wirtschaft. Gemäss Artikel 117 der Verfassung des Kantons Freiburg unterbreitet er dem Grossen Rat schliesslich einen Gesetzesentwurf, in dem die Annahme der Massnahmen während der gesamten Zeit, in der sich der Kanton in der ausserordentlichen Lage befand, beantragt wird.

Statistisch gesehen trat der Staatsrat 94 Mal zusammen, wobei mehr als 40 Sitzungen ausschliesslich Covid-19 gewidmet waren. Wie der Rest der Bevölkerung, musste auch die Regierung ihre Arbeitsweise anpassen, mit dringend einberufenen Sitzungen, dem Einsatz von Videokonferenzen, verkürzten Fristen für die Vorbereitung der Dossiers und vielen Unbekannten, mit denen es umzugehen galt.

1.1 März bis Juni

Zur Erinnerung: Sobald die Krise beginnt, trifft der Staatsrat die nötigen Massnahmen, um der Ankunft des Virus zu begegnen. Um den Entscheidungsprozess zu erleichtern, ernennt er sehr schnell eine Delegation, die sich aus der Staatsratspräsidentin und Direktorin für Gesundheit und Soziales und dem Sicherheits- und Justizdirektor zusammensetzt. Er setzt das kantonale Führungsorgan (KFO) in dessen ordentlicher Struktur ein, um die Direktion für Gesundheit und Soziales und deren Schlüsselämter, die bereits im Rahmen des sanitätsdienstlichen Führungsorgan (SFO) voll im Gesundheitssektor engagiert sind, zu unterstützen.

Wenige Stunden vor dem Bundesrat beschliesst der Staatsrat am berühmten Freitag, 13. März 2020, die ausserordentliche Lage zu verhängen und ein kantonales Führungsorgan in erweiterter Ad-hoc-Konfiguration (KFO Covid-19) einzusetzen, um insbesondere ein Logistik- und Beschaffungszentrum einzurichten, Truppen zur Unterstützung des HFR und der gefährdeten Institutionen zu mobilisieren, die Aufklärung sicherzustellen, Massnahmen vor Ort zu leiten, die Kommunikation zu organisieren ...

Um die vielen dringenden Entscheidungen zu treffen, die sich in Zukunft aufdrängen, tagt der Staatsrat manchmal mehrmals pro Woche, entweder per Videokonferenz oder persönlich, um die Thematik zu behandeln. Von Anfang an versteht der Staatsrat wohl, dass es sich nicht nur um eine Gesundheitskrise handelt, sondern um eine umfassende Krise, mit bedeutenden Folgen auf wirtschaftlicher, aber auch auf sozialer und schliesslich menschlicher Ebene.

Mitte April nimmt der Staatsrat das vom Bundesrat vorgestellte Drei-Phasen-Szenario für ein stufenweises Ende der Covid-19-Krise zur Kenntnis. In diesem Sinne leitet und organisiert er rasch Umsetzungsmassnahmen auf kantonaler Ebene, insbesondere im Bereich der obligatorischen Schule im Präsenzunterricht, der Wirtschaft und der Teststrategie. Er schnürt verschiedene Massnahmenpakete, die sich insbesondere an Kulturschaffende, den Tourismus, die Medien, Unternehmen, Selbstständige und junge Unternehmen richten. Ausserdem kündigt er die Vorbereitung eines Plans zur Stützung der Wirtschaft an, der die Wiederankurbelung der Wirtschaft langfristig begleiten soll.

Nachdem sich die Situation entspannt hat, hebt der Staatsrat die ausserordentliche Lage auf und löst das KFO Covid-19 auf Ende Juni auf. Deshalb stellt die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) die Führung in der Gesundheitskrise im Zusammenhang mit der Epidemie sicher und verfügt über die Fähigkeit, die Ämter des Staates bei einer zukünftigen Verschlimmerung der Epidemie zu alarmieren. Die Direktionen des Staates, die Oberamt männerkonferenz und auch die Konferenz der Generalsekretäre finden wieder zu ihrer ordentlichen Tätigkeitssphäre zurück und achten gleichzeitig weiterhin aufmerksam auf die Covid-19-Lage.

1.2 Juli bis September

Der Sommer ist weiterhin von erhöhter Wachsamkeit gegenüber der Covid-19-Epidemie geprägt und verlangt vom Staatsrat eine ständige Überwachung und Massnahmen; er ergreift ab der Wiederaufnahme seiner Sitzungen Ende August neue Massnahmen, insbesondere im Bereich der Bildung. Und während die kollektiven Quarantänen zunehmen, verstärkt er schnell die Anforderungen zum Maskentragen. Gleichzeitig gibt die Regierung detaillierte Antworten auf die vielen parlamentarischen Vorstösse, die im Zusammenhang mit der aussergewöhnlichen Lage eingereicht wurden.

Anfangs September verabschiedet der Staatsrat seinen Plan zur Stützung der Freiburger Wirtschaft. Er beschliesst 25 Massnahmen, mit denen die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Kantons gefördert und die Personen, die von der Krise am meisten betroffen sind, unterstützt werden sollen. Dieser Plan zur Stützung der Wirtschaft gehört zur Absicht des Staatsrats, den Konsum zu unterstützen, die Investitionen der Unternehmen zu fördern und die Rahmenbedingungen im Kanton zu verbessern. Darüber hinaus beantragt der Staatsrat Steuersenkungen, um den negativen Auswirkungen der Pandemie entgegenzuwirken.

1.3 Oktober bis Dezember

Mitte Oktober unterbreitet die Regierung dem Grossen Rat plangemäss den Gesetzesentwurf zur Genehmigung der Sofortmassnahmen des Staatsrats zur Bewältigung der COVID-19-Epidemie. Wenige Tage später erklärt der Staatsrat jedoch angesichts der raschen Verschlechterung der Gesundheitslage erneut die ausserordentliche Lage auf Kantonsebene und setzte erneut das KFO Covid-19 ein, das allerdings organisatorisch anders aufgestellt ist als im Frühjahr; es stützt sich auf drei Säulen: die Task Force Gesundheit, die kantonale Koordinationstelle und die zentralen Dienste.

In den zwei Monaten am Ende des Jahres verstärkt der Staatsrat regelmässig seine wirtschaftlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen des Coronavirus, insbesondere durch die Unterstützung für Härtefälle, und stellt sicher, dass der kantonale Plan zur Stützung der Wirtschaft konkrete Auswirkungen zeigt.

Gleichzeitig scheut die Regierung auch keine Anstrengung, um die Gesundheitskrise zu bewältigen. So kann sie zum Jahresende ankündigen, dass die Impfkampagne am Montag, 28. Dezember 2020, im Pflegeheim Cottens beginnt und dass das Freiburger Impfdispositiv mit zwei Zentren zwei Wochen später voll betriebsbereit sein wird.

1.4 GSK-Covid-19

Um die Bewältigung der Covid-19-Krise im Staat Freiburg zu koordinieren und die Stäbe der Direktionen über die Entwicklung der Situation auf dem Laufenden zu halten, wurde Anfang des Monats März die GSK-Covid-19 geschaffen. Ihr gehören die Staatskanzlerin, die den Vorsitz innehat, sowie die Generalsekretärinnen und Generalsekretäre, das Kommando des KFO, der Präsident der Oberamt männerkonferenz, der für das Büro für Information zuständige Vizekanzler, der Staatsschatzverwalter und die Vorsteherinnen und Vorsteher der drei zentralen Dienste des Staates Freiburg (POA, ITA, GeGA) an. Sie hielt 34 Sitzungen ab und bildete mehrere Arbeitsgruppen, um die Dossiers vorzubereiten, die ihr in diesem Zeitraum vorgelegt wurden (Planung, Kommunikation, Koordination zwischen den Direktionen zu verschiedenen Themen, HR und IT, Finanzen, juristische Fragen, Logistik usw.).

2 Die Erfahrungen in den verschiedenen Direktionen

2.1 Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD)

Nachdem sich die Pandemie von China auszubreiten begann und im Februar 2020 Italien erreichte, begann sich die EKSD über die mit der Ausbreitung von Covid-19 verbundenen Risiken Sorgen zu machen. Am 17. Februar nahm der Kantonsarzt auf Ersuchen der EKSD an einer Konferenz der Amtsleitungen der Unterrichtsamter der EKSD (CCSE) teil, um die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Virus und seine Ausbreitung sowie die Abläufe zu erläutern, die einzuhalten sind, wenn das Personal oder die Schülerinnen und Schüler mit einer infizierten Person in Kontakt kommen. Von da an und während des gesamten Jahres 2020 fand fast täglich ein Austausch zwischen der EKSD und dem Kantonsarztamt statt. Sobald der Unterricht nach den Fasnachtsferien wiederaufgenommen und der erste Fall im Kanton am 1. März bekanntgegeben wurde, erhielt die EKSD zunehmend Fragen seitens der Schulen und Eltern. Als der Bund am 13. März das Verbot des Präsenzunterrichts an den Schulen ab dem 16. März ankündigte, verstummten die Drohungen von Eltern, ihre Kinder nicht mehr in die Schule zu schicken. Dies verschaffte der EKSD jedoch keine Entlastung, sondern brachte neue Herausforderungen mit sich. So galt es Lösungen für die Kinder zu finden, die von den Eltern nicht betreut werden konnten. Gleichzeitig hatte die Schule nur ein Wochenende Zeit, um vom geordneten Klassenunterricht auf den Fernunterricht umzustellen, worauf niemand vorbereitet war. Als erstes wurde ab dem Samstagmorgen, 14. März, ein Bereitschaftsdienst für E-Mail-Nachrichten und Anrufe eingerichtet, der mehrere Wochen lang in Betrieb blieb. Die Sorgen der Eltern verlagerten sich allmählich auf ein anderes Thema, nämlich auf die Jahresabschlussprüfungen und -zeugnisse, für die erst nach Absprache mit den anderen Kantonen und dem Bund eine Lösung gefunden werden konnte. Zudem galt es auch unverzüglich den Ausstieg aus dem Lockdown an den Schulen und insbesondere die Schutzkonzepte für die obligatorischen Schulen, die weiterführenden Schulen und die Tertiärstufe vorzubereiten. Die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts an den Schulen erfolgte schrittweise ab dem 11. Mai. Danach wandte sich die Aufmerksamkeit bald den Regeln zu, die für den Beginn des Schuljahres nach den Sommerferien vorzusehen waren, mit an die jeweilige Gesundheitssituation (sanitarische Lage) angepassten Schutzkonzepten. Diese Schutzkonzepte mussten auf die verschiedenen Bildungsstufen der EKSD, der VWD und der ILFD abgestimmt und gleichzeitig vereinheitlicht werden. Bis Ende des Jahres 2020 ergaben sich ständig weitere Anpassungen, entsprechend der Entwicklung der Pandemie und der auf eidgenössischer, kantonsübergreifender und kantonaler Ebene getroffenen Entscheide. Während dieser Zeit erfolgte eine sehr intensive Zusammenarbeit unter den Kantonen, vor allem durch zahlreiche Videokonferenzen. Eine Unterrichts-Taskforce der EKSD ermöglichte es, diese Entwicklungen unter Einbezug der Bedürfnisse der Praxis bestmöglich zu begleiten.

Aber die Auswirkungen von Covid-19 betrafen nicht nur das Bildungswesen. Auch die Bereiche Kultur und Sport sind von der Pandemie stark betroffen worden. So wurden schon sehr bald kulturelle und sportliche Aktivitäten, sowohl im Amateur- als auch im Profibereich, verboten oder zumindest stark eingeschränkt. Kulturelle Akteure und Sportvereine sahen sich plötzlich mit einer Situation konfrontiert, in der jegliche Aktivitäten völlig zum Stillstand gebracht wurden.

2.2 Sicherheits- und Justizdirektion (SJD)

2.2.1 Politische Beteiligung

Die Sicherheits- und Justizdirektion und ihre Ämter waren stark in die Bewältigung der Covid-19-Pandemie involviert. Für die politische und strategische Führung während der Krise bildete der Sicherheits- und Justizdirektor gemeinsam mit der Direktorin für Gesundheit und Soziales die Ad-hoc-Delegation des Staatsrats. Ab Ende Februar stand diese Delegation fast täglich im Austausch mit dem Kommando des kantonalen Führungsorgans, das für die operative Führung bei der Bewältigung der Gesundheitskrise in der ersten Welle im Frühling (KFO Covid-19) und in der zweiten Welle im Herbst und Winter (KFO 2 Covid-19) eingesetzt worden war.

2.2.2 Operative Beteiligung

Sowohl das Generalsekretariat der SJD als auch ihre Partnerdienste des Bevölkerungsschutzes waren intensiv in der Krisenbewältigung engagiert, zum einen durch die direkte Beteiligung am KFO und zum anderen durch die Auswirkungen der Krise auf ihre ordentlichen Tätigkeiten.

Viele Kader und höhere Kader der SJD und ihrer Ämter und angegliederten Anstalten wurden direkt in die beiden Ad-hoc-KFOs berufen. Es handelt sich dabei um folgende Personen:

- > SJD-Generalsekretariat: der Generalsekretär, der stellvertretende Generalsekretär, die juristische Beraterin, die für Geschäfte in Zusammenhang mit der Kantonspolizei zuständig ist;
- > Ämter und Anstalten der SJD: der Vorsteher des Amtes für Bevölkerungsschutz und Militär (aufgrund seiner Funktion Leiter des KFO), der Leiter des Bevölkerungsschutzes, der Kommandant des Zivilschutzes, der Stabschef des Zivilschutzes, der Adjunkt des Kommandanten des Militärkreiskommandos, der Kommandant der Kantonspolizei, der stellvertretende Kommandant der Kantonspolizei, der Leiter der Gendarmerie, der Chef der Verkehrs- und Schifffahrtspolizei, zwei Offiziere der Gendarmerie, der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei, ein Brigadenchef, der Leiter der Abteilung Kommunikation und Prävention der Kantonspolizei, der Chef Stabsdienste der Kantonspolizei, der Vorsteher des Amtes für Gewerbepolizei, der Leiter der Abteilung Prävention und Intervention der Kantonalen Gebäudeversicherung und der kantonale Feuerwehrenspektor.

Zahlreiche weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an verschiedenen ständigen oder temporären Arbeitsgruppen teil, die im Rahmen der beiden aufeinanderfolgenden KFOs eingesetzt wurden, oder wurden vorübergehend in verschiedenen operativen Einheiten eingesetzt.

Das Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM) und die Kantonspolizei erlebten aufgrund der Gesundheitskrise eine tiefgreifende Veränderung ihrer ordentlichen Tätigkeiten.

Auch bei anderen Ämtern und Anstalten der SJD hatte die Pandemie grosse Auswirkungen auf die ordentliche Tätigkeit.

Dies gilt insbesondere für das Amt für Justiz (AJ). So musste in der ersten Welle aufgrund von Covid-19 bei den Gerichtsbehörden und bei den Betreibungs- und Konkursämtern eine neue Arbeitsweise eingeführt werden (Personalfragen, schwierige Situation einzelner Personen, Überlastung mancher Behörden, Bereitstellung von Schutzmaterial, Organisation von Räumlichkeiten usw.). In diesem Zusammenhang verdient die wichtige und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Vorsteherin des AJ und dem Präsidenten des Justizrats ein grosses Lob. Ferner wurde in Granges-Paccot ein «Covid-19»-Gerichtssaal eingerichtet, damit die Behörden bei ihren Verhandlungen die Gesundheitsvorschriften einhalten konnten. Der Saal, der mit Tischen 20–30 Personen und ohne Tische 50 Personen Platz bietet, stand ab Juli allen Gerichtsbehörden zur Verfügung. Der Saal ist seit Herbst voll in Betrieb und erfüllt die Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzer vollkommen.

Das Amt für Gewerbepolizei (GePoA) war ebenfalls stark gefordert, insbesondere in Zusammenhang mit den Massnahmen, welche die öffentlichen Gaststätten betrafen, und bei ihrer praktischen Umsetzung. Das GePoA und sein Vorsteher waren die bevorzugten Ansprechpartner der Gaststättenbetreiberinnen und Gaststättenbetreiber.

Auch die Freiburger Strafanstalt musste ein Krisenmanagement auf die Beine stellen, denn der Gefängnisbetrieb zeichnet sich sowohl durch die Gefangenschaft als auch durch die Nähe und Intensität des zwischenmenschlichen Austausches aus. Dank der wirksamen Schutzkonzepte, die am Standort Bellechasse und im Zentralgefängnis umgesetzt wurden, blieb die gesundheitliche Situation unter Kontrolle.

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) war ihrerseits stark an der Koordination der Feuerwehr als Unterstützungs- und Reservekraft beteiligt.

2.3 Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD)

Um die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, lernende Personen und Gemeinden trotz den aufgrund der Covid-19-Pandemie auferlegten Einschränkungen sicherzustellen, hat die ILFD ihre Funktionsweise grundlegend angepasst und die Möglichkeiten der Digitalisierung maximal genutzt. Neben der Aufrechterhaltung des Betriebs der

staatlichen Dienststellen während der Krise bestand das Ziel darin, die Gelegenheit zu ergreifen, um die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, namentlich im Bereich der Flexibilität und Verfügbarkeit, langfristig zu verbessern.

Unter der Schirmherrschaft der Direktion sassen Akteurinnen und Akteure des Lebensmittelsektors, von der Primärproduktion bis hin zum Vertrieb, an einem runden Tisch, um insbesondere die Versorgung und die Arbeitskraftsituation während der Krise zu überwachen. Im Übrigen wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der ILFD, des Freiburger Gemeindeverbands (FGV) und der Oberamtmännerkonferenz ins Leben gerufen, um rasch die Massnahmen zu prüfen, die getroffen werden mussten, um den Betrieb der Institutionen auf Gemeinde- und regionaler Ebene sicherzustellen, damit diese ihre Leistungen erbringen konnten.

Die Pandemie hatte starke Auswirkungen auf die Tätigkeit der Oberämter. Mehrere Oberamtmänner mussten ihre Zeit ganz oder teilweise den verschiedenen Organen widmen, die sich um die Pandemiebekämpfung kümmerten, bzw. zusätzliche Aufgaben übernehmen, um die Betreuung der verschiedenen Dossiers zu gewährleisten. Neben der täglichen Arbeit der Oberämter gab es hauptsächlich in folgenden Bereichen Herausforderungen: Begleitung der verschiedenen Schliessungen von Geschäften und Betrieben, Information der Gemeinden und der Bevölkerung, Organisation der Gemeindeverbände, Betreuung der Pflegeheime, Verhalten in der Sommersaison (rund um Seen und Berge, Camping, Tourismus usw.) und der Adventszeit, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Das Amt für institutionelle Angelegenheiten, Einbürgerungen und Zivilstandswesen (IAEZA), das seit 2019 öffentliche Zivilstandsurkunden in elektronischer Form anbietet, hat die Digitalisierung seiner Arbeitsabläufe unter Einhaltung seiner Pflichten im Bereich des Datenschutzes fortgesetzt. Die Einbürgerungsgespräche konnten beispielsweise per Videokonferenz durchgeführt werden, oftmals ausserhalb der üblichen Öffnungszeiten, sodass sich die betroffenen Personen in dieser schwierigen Zeit einfacher organisieren konnten.

Mitte März ist es Grangeneuve dank dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelungen, in nur einem Wochenende einen Distanzunterricht per Video einzurichten. Unter dem Personal des Betriebs wurde ein Turnus organisiert, damit die Landwirtschaftsbetriebe, die Schulkaserei, Le Magasin und das Freiburgerische Agro-Lebensmittellabor weiterbetrieben werden konnten.

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) hat einen grossen Beitrag zur Bewältigung dieser Krise geleistet. Das LSVW hat zwischen dem 13. März und dem 12. Juni 2020 in Delegation vom HFR die Hotline Gesundheit betrieben. Rund hundert Studierende, welche die Anrufe in Empfang nahmen, etwa zehn Pflegefachpersonen (die bei komplizierteren Anrufen intervenierten) und drei Ärztinnen und Ärzte wurden extern vom LSVW mobilisiert, um die Leitungen der Hotline zu betreuen. Zudem wurden 40 Mitarbeitende und Kader des Amtes in den Führungsstab der Hotline Gesundheit (Stab) einberufen. Neben dem Personal des LSVW gehörten diesem Stab die Hälfte des Personals der Polizeischule sowie ein Bereitschaftsdienst an Psychologen mit der Unterstützung von Vertretern des psychologischen Notfalldiensts und des mobilen Teams für psychosoziale Notfälle (EMUPS) an. Insgesamt nahm die Hotline Gesundheit zwischen dem 13. März und dem 12. Juni 2020 8600 Anrufe entgegen, bearbeitete und koordinierte 535 medizinische Betreuungen und 120 Beziehungsschwierigkeiten.

Eine grosse Anstrengung ermöglichte die Ausgestaltung, Validierung, Umsetzung und Bewirtschaftung einer Einrichtung für virologische Tests auf COVID beim LSVW, zur Unterstützung und unter der Federführung des HFR. Zwischen Mai und Dezember 2020 wurden hier rund 7000 Proben mit hervorragenden Ergebnissen analysiert. Die Analysen werden 2021 fortgeführt.

Die Labors des LSVW haben mit der Unterstützung und Validierung der Kantonsapothekerin Desinfektionsmittel hergestellt. Die Beschaffung von strategisch wichtigem Material und Grundbedarfsartikeln (vor allem die Suche und der Kauf von Abstrichupfern für die Entnahme von medizinischen Nasen-Rachen-Abstrichen sowie von Rohstoff für die Herstellung von Desinfektionsmittel) wurde dynamisch und erfolgreich geführt.

In der zweiten Welle der Coronavirus-Pandemie wurde das LSVW erneut beigezogen. Neben der weiteren Durchführung von virologischen Covid-19-Tests unter der Ägide des HFR hat das LSVW namentlich Kontrollen der Covid-19-Massnahmen in Zusammenhang mit den Empfehlungen und Weisungen von Bund und Kanton durchgeführt. Diese Kontrollen erfolgten zusammen mit der Kantonspolizei und dem Amt für den Arbeitsmarkt (AMA).

Die Gesundheitskrise brachte ausserdem ein Defizit bei der Digitalisierung der Behörde für Grundstückverkehr (BGV) zutage. Die BGV arbeitet noch hauptsächlich mit physischen Dossiers, sodass sie nach kreativen Lösungen suchen und sich umorganisieren musste. Die neue Organisation führte zu einer starken Arbeitsüberlastung und erschwerte die üblichen Arbeitsvorgänge. Da 2020 zudem die Gesuche zugenommen haben, konnte der Betrieb der BGV nur dank der grossen Flexibilität und dem guten Willen eines jeden gewährleistet werden.

Die ILFD hat sich zudem stark an dem Projekt Kariyon beteiligt – das zu den Sofortmassnahmen und zum Wiederankurbelungsplan 2020 gehört und gemeinsam von der VWD und der ILFD durchgeführt wurde. Die Verwaltung wurde teilweise vom Amt für Landwirtschaft (LwA) wahrgenommen, namentlich um die Terroir-Produkte zu fördern. Sie hat ausserdem mehrere Massnahmen für den Wiederankurbelungsplan vorgeschlagen, zum Beispiel eine Unterstützung für digitale Technologien in der Milchwirtschaft, eine Prämie für die Verwendung von Freiburger Holz als Baumaterial und den Einsatz von Ressourcen zur Förderung von regionalen Produkten in der Gemeinschaftsgastronomie.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ganzen Direktion zeigten während der Pandemie ein bemerkenswertes Engagement und verhielten sich trotz den Schwierigkeiten kreativ und flexibel. Das traditionelle «Stehfondue» beispielsweise, das jährliche Treffen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ganzen Direktion, wurde in diesem Jahr mit einer Reihe von Beiträgen online durchgeführt und live auf YouTube übertragen. Mehrere Hundert Mitarbeitende haben diesen Anlass verfolgt und damit gezeigt, dass diese neuen Tools interessante Perspektiven eröffnen.

2.4 Volkswirtschaftsdirektion (VWD)

Ab dem ersten Quartal 2020, als sich die ersten Auswirkungen der Pandemie bemerkbar machten, waren mehrere Dienststellen der Volkswirtschaftsdirektion (VWD) sehr stark gefordert. Neben der Verlegung der Arbeit ins Homeoffice, die eine umfassende Reorganisation der Aufgaben erforderte, hat die Unterstützung der Wirtschaft in dieser schwierigen Zeit von den Mitarbeitenden der Direktion einen ausserordentlichen Einsatz abverlangt. Dabei ist die intensive Analyse- und Gesetzgebungstätigkeit des Generalsekretariats zu erwähnen, die es ermöglicht hat, Soforthilfen für die betroffenen Unternehmen und Personen gestützt auf eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen aufzustellen und umzusetzen. Es handelt sich dabei um die folgenden Erlasse, die teils mehrfach revidiert werden mussten:

- > Gesetz zur Ergänzung der wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus auf Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Selbstständigerwerbende (MUSG-COVID-19);
- > Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen infolge des Coronavirus (WMV-COVID-19);
- > Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus im Tourismusbereich (WMT-COVID-19);
- > Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus durch Beiträge an Miet- und Pachtzinsen von Gewerbeflächen (WMMV-COVID-19);
- > Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus durch Beiträge und Beratung für Unternehmen (WMV-Unternehmen COVID-19);
- > Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus im Bereich der Medien (WMME-COVID-19);
- > Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus durch Unterstützung von Personen, die erstmals von Prekarität betroffen und armutsgefährdet sind (WMPA-COVID-19);
- > Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus durch die Unterstützung der Berufsberatung und der Berufsbildung (WMV-Bildung-COVID-19);
- > Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus durch die Unterstützung der lokalen Wirtschaft (ULWV-COVID-19);
- > Verordnung zur Anpassung der Geltungsdauer der COVID-19-Verordnungen;
- > Verordnung über die Begleitmassnahmen für Angestellte der Einrichtungen, deren Schliessung infolge der zweiten Coronavirus-Welle angeordnet wurde (BMAV-COVID-19);

- > Verordnung über die Begleitmassnahmen für Einrichtungen, deren Schliessung infolge der zweiten Coronavirus-Welle angeordnet wurde (BMSV-COVID-19);
- > Verordnung über wirtschaftliche Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus durch Beiträge für Härtefälle (WMHV-COVID-19)
- > Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus auf Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Selbstständigerwerbende (MUSV-COVID-19).

Was die Auswirkungen der Pandemie auf die Dienststellen der Direktion betrifft, sind insbesondere die folgenden Punkte erwähnenswert:

- > Für die Dauer Pandemie hat der Bundesrat ein vereinfachtes und summarisches Verfahren für die Kurzarbeitsentschädigung (KAE) aufgestellt. In der Folge hat die Öffentliche Arbeitslosenkasse (ÖALK) im Jahr 2020 über 200 Millionen Franken in Form von KAE ausgezahlt und über 18 000 Anträge und Abrechnungen bearbeitet. Im November 2020 hat sie darüber hinaus den Betrieben, die infolge der zweiten Welle auf Anordnung der Behörden geschlossen waren, die Hälfte der 20 Lohnprozente ausgezahlt, die von der Kurzarbeitsentschädigung des Bundes nicht gedeckt werden. Der Bundesrat hat zudem den Höchstanspruch auf Arbeitslosentaggeld um 120 zusätzliche Taggelder erweitert. Somit musste der neue Taggeldanspruch der verschiedenen Taggeldempfängerinnen und -empfänger angepasst und kommuniziert werden.
- > Auch die Tätigkeit des Amtes für den Arbeitsmarkt (AMA) war stark von den Massnahmen geprägt, die getroffen wurden, um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abzufedern. Der Unterbruch der Tätigkeit in verschiedenen Wirtschaftszweigen hat zu einer massiven Zunahme der Voranmeldungen von Kurzarbeit (KAE) geführt, mit deren Bearbeitung die Mitarbeitenden des AMA stark beschäftigt waren. Eine unvermittelte Zunahme der Anmeldungen bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) wurde ebenfalls ab Ende März 2020 festgestellt. Das Amt, bzw. seine Inspektorinnen und Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung, hat in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei zahlreiche Kontrollen von Unternehmen im Kanton durchgeführt, um zu prüfen, ob die Massnahmen zum Schutz der Gesundheit in Verbindung mit der Pandemie umgesetzt und eingehalten werden.
- > Ab März 2020 war das Amt für Statistik im Rahmen der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie gefordert, um statistische Daten zu liefern, damit die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Risiken und Folgen beurteilt werden können (von Einschränkungen oder einer Abnahme der Tätigkeit betroffene Arbeitsplätze und Unternehmen nach Branchen).
- > Das Wohnungsamt hat seit dem 15. März sein gesamtes Personal dem Generalsekretariat der Volkswirtschaftsdirektion zur Verfügung gestellt, um verschiedene Massnahmen in Verbindung mit der Pandemie zu verwalten. Es hat im ersten Halbjahr namentlich die gesamte Massnahme nach WMMV umgesetzt. Es wurde dabei von verschiedenen externen Mitarbeitenden und von Kolleginnen und Kollegen anderer Dienststellen der VWD unterstützt. Im zweiten Halbjahr 2020 hat es im Rahmen von zwei Verordnungen (BMSV und WMHV), die für die Unterstützung der Unternehmen im Kanton von Bedeutung waren, alle Prozesse aufgestellt und verwaltet, dies erneut mit der Unterstützung verschiedener Dienststellen der VWD und mehrerer Treuhandgesellschaften des Kantons Freiburg.
- > Für die Ausbildungsstätten der VWD, das heisst die HES-SO Fribourg/Freiburg (HES-SO//FR) und das Amt für Berufsbildung, stand das Jahr 2020 ganz im Zeichen der Covid-19-Krise. Dieses ungewöhnliche Jahr war besonders für die Fachhochschulen vom Krisenmanagement und vom Übergang zum Fernunterricht geprägt. Trotz dieser Situation hat die HES-SO//FR die Umsetzung ihres Gesetzes und ihrer Strategie fortgesetzt, ihre Aufgaben sichergestellt und weiterentwickelt, sodass sie ihren Leistungsauftrag gegenüber der HES-SO erfüllen konnte.
- > Was den Tourismus auf kantonaler und nationaler Ebene betrifft, hat die globale Gesundheitskrise die Tourismusorganisationen mit voller Wucht getroffen. Im April und Mai musste der Freiburger Tourismusverband (FTV) alle seine Mitarbeitenden in Kurzarbeit schicken. Der Rückgang der kommerziellen Übernachtungen um etwa 35 % hat den Vorstand des FTV zudem dazu gezwungen, ein Krisenbudget aufzustellen, dessen Massnahmen das Marketing, die Verwaltung und das Personal betrafen.

2.5 Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD)

Die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) wurde 2020 angesichts der Pandemie stark beansprucht. Die Auswirkungen der Pandemie hatten einen grossen Einfluss auf die Tätigkeiten aller Dienststellen und Einrichtungen. Die ersten Anzeichen der Gesundheitskrise im Zusammenhang mit Corona wurden ab Mitte Januar vom Kantonsarztamt (KAA) erkannt, als die chinesische Stadt Wuhan auf eine rasche Entwicklung der Mortalität hinwies und am 22. Januar 2020 von den ersten Mensch-zu-Mensch-Übertragungen berichtete. Von diesem Moment an gingen die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) im Zusammenhang mit Verdachtsfällen in den Kantonen ein. In der GSD und im KAA starteten Koordinationssitzungen, erfolgten Informationsübermittlungen an diverse Partnerinnen und Partner des Gesundheitsnetzwerks und danach breitflächiger, wurden Mitteilungen an die Bevölkerung herausgegeben. Am 1. März wurde im Kanton Freiburg der erste Covid-19-Fall nachgewiesen, am 19. März ist die erste Person am Virus gestorben.

2.5.1 Coronavirus – Rückblick 2020

Ab dem Einsatz des kantonalen Führungsorgans (KFO) Ende Februar musste sich das Generalsekretariat der GSD (SG-GSD) neu organisieren, um das KAA beim Krisenmanagement zu unterstützen. Das KAA war zu Beginn stark mit Umgebungsuntersuchungen ausgelastet, die eine rasche und unkontrollierbare Ausbreitung des Virus durch Früherkennung der Fälle und Contact Tracing verhindern sollten. Im SG-GSD kümmerte sich Nicole Oswald um die laufenden Angelegenheiten, während Claudia Lauper ins Management der Gesundheitskrise einberufen wurde, jedoch immer noch ein paar spezifische Aufgaben innerhalb des SG-GSD wahrnahm. Diese Organisation wurde quasi das gesamte Jahr 2020 hindurch beibehalten. Mit Einsetzung des KFO wurde die Direktorin für Gesundheit und Soziales, ebenfalls Präsidentin des Staatsrates, bezeichnet, um zusammen mit ihrem Kollegen, dem Sicherheits- und Justizdirektor zu eine staatsrätliche Delegation zu bilden, die den ständigen Kontakt zum KFO aufrechterhalten sollte.

Anfang März errichtete die GSD eine sanitätsdienstliche Führungszentrale (SFZ), die für die Koordination aller Akteurinnen und Akteure aus dem Gesundheitswesen im Kanton zuständig war. In der SFZ sind namentlich vertreten: Amt für Gesundheit (GesA), KAA, Sozialvorsorgeamt (SVA), Kantonspolizei, Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM), Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW), Gesundheits- und Spitalnetzwerk.

Die Versorgung der besonders gefährdeten Personen wurde von der GSD als Punkt eingestuft, der besondere Aufmerksamkeit erfordert. Aus diesem Grund wurde Anfang März eine Gruppe aus Vertretenden der externen Partnerinnen und Partner der GSD (Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen – VFA, Spitex Verband Freiburg – SVF, Freiburger Verband der spezialisierten Institutionen – INFRI und Médecins Fribourg – Ärztinnen und Ärzte Freiburg – MFÄF) sowie des KAA und des SVA gebildet.

Aufgrund von Differenzen im Zusammenhang mit der Führung der Gesundheitskrise durch die Kantonsärztinnen wurde Dr. Thomas Plattner, Vorsteher des GesA und ehemaliger stellvertretender Kantonsarzt, am 13. März 2020 vom Staatsrat an die Spitze des sanitätsdienstlichen Führungsorgans (SFO) ernannt. Er übernahm die sanitätsdienstliche Führung der Krise und trat dem Kommandoposten des erweiterten KFO bei, während die Co-Generalsekretärin der GSD dem Büro beigetreten ist, worauf die anderen Mitglieder des SG-GSD ihre Tätigkeit entsprechend der Krise und der Einbindung ihrer Kolleginnen und Kollegen ins KFO umfassend neu ausrichten mussten. Dadurch erhielt das GesA in Abwesenheit seines Vorstehers Unterstützung bei der Führung.

Parallel zu Dr. Plattners Ankunft wurde im SFO eine Chefin des Stabsdienstes für das SFO ernannt. Der intensive Einsatz des erweiterten SFO, das im Berichtsjahr zu 68 Sitzungen zusammengekommen ist, hat dazu geführt, dass die Aufgaben der SFZ verringert wurden. Das SFO wurde namentlich von allen Ämtern und Diensten der GSD unterstützt, aber auch von anderen Direktionen, die ebenfalls Personal zur Verfügung stellten. Während der ersten Welle schlug das SFO dem KFO u. a. eine kantonale sanitätsdienstliche Organisation mit Einbindung der Akteurinnen und Akteure des öffentlichen und privaten Gesundheitsnetzwerks vor, einen Intensivierungsplan mit Aufstockung der Intensivpflegebetten und ein Testing- und Tracing-Konzept, das zum Ende der ersten Welle erarbeitet wurde.

Die Gruppe Risikoinstitutionen (GRI) wurde im Rahmen des SFO gebildet; sie wird von einem Vertreter der Oberamtmänner geleitet und namentlich von Vertretenden des SVA, des KAA und des Kantonalen Sozialamtes (KSA) unterstützt. In der Folge wurde die GRI ins KFO eingebunden und befasste sich in erster Linie mit den Pflegeheimen und der Spitex.

Gegen Ende der ersten Welle und mit der Aufhebung des KFO wurde die GSD neu organisiert, um ein dauerhaftes Krisenmanagement zu gewährleisten; dabei hat sie eine Gesundheits-Taskforce ins Leben gerufen, die zuerst von der Staatsrätin, danach ab Herbst vom Kantonsarzt und von der Co-Generalsekretärin der GSD geleitet wurde. Zu dieser Taskforce gehören die Mitglieder des SFO, eine gemeinsame Informationszelle mit der Polizei und die Sektoren, die für das Tracing, die Hotlines, die Risikoinstitutionen, die Impfung und das Krisenmanagement im Falle von Clusters zuständig sind.

In der Folge arbeitete die Taskforce in Absprache mit der Koordinationsstelle, die geschaffen wurde, um die Massnahmen vor Ort umzusetzen und die Überwachung zu gewährleisten. Kennzeichnend für das Ende des Sommers und den Beginn des Herbstes waren die Kollektivquarantänen in verschiedenen öffentlichen Gaststätten und ein Anstieg der Fälle. Besonderes Augenmerk galt hier den Risikoinstitutionen, deren Koordination von den Fachpersonen des Gesundheitswesens sichergestellt wurde, und der Schaffung von mobilen Teams, welche die Einrichtungen vor Ort unterstützten. In den Pflegeheimen kam dadurch ein detailliertes Monitoring zum Einsatz, um die Nachverfolgung der positiven Fälle beim Personal und bei den Bewohnenden zu gewährleisten. Ausserdem wurden ein Personal-Pool zur Verfügung gestellt und Schulungen organisiert. Im Rahmen der Risikoinstitutionen waren mehrere Ämter der GSD an der Überwachung und Kontrolle der Schutzkonzepte beteiligt: Jugendamt (JA), KSA, SVA und KAA.

Als der Staatsrat am 28. Oktober 2020 die ausserordentliche Lage ausgerufen und den Beschluss über die Einsetzung des kantonalen Führungsorgans 2 Covid-19 (KFO 2 Covid-19) wieder aktiviert hat, stiess der Kantonsarzt erneut zum Kommandoposten; der Betrieb der Taskforce wurde aufrechterhalten.

Die Kantonsapothekerin hat bei der Bewältigung der Coronakrise das ganze Jahr 2020 hindurch eine wichtige Rolle gespielt. Als Mitglied des Gesundheitsstabs und des KFO wirkte sie beim Management des Bedarfs an Heilmitteln und Medizinprodukten mit, die von den Fachpersonen und Institutionen des Gesundheitswesens im Kanton benötigt wurden. Nachdem der Bund angekündigt hatte, seine Testkapazitäten auszubauen, wurde die Durchführung von Antigen-Schnelltests in den Apotheken des Kantons möglich gemacht, und zwar dank einer theoretischen und praktischen Schulung für die interessierten verantwortlichen Apothekerinnen und Apotheker, die in wenigen Tagen auf die Beine gestellt wurde. Somit konnte sich die Freiburger Bevölkerung Ende 2020 in 24 Apotheken auf das Coronavirus testen lassen. Zusammen mit dem stellvertretenden Kantonsarzt als Co-Projektleiter und der tatkräftigen Unterstützung des freiburger Spitals (HFR) hat die Kantonsapothekerin ein Impfkonzept ausgearbeitet, wodurch der Kanton Freiburg zu einem der ersten Kantone wurde, der Ende 2020 mit mobilen Teams mit der Impfung in den Pflegeheimen starten konnte.

2.5.2 Auswirkungen der Gesundheitskrise auf andere Bereiche

Die Beschränkung des Betriebs der familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen ab dem 17. März 2020 gehörte für das JA zu den einschneidenden Ereignissen von 2020. In Koordination mit der Schule und den Gemeinden konnte die Betreuung von Kindern, deren Eltern sich im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus engagierten oder in anderen Bereichen von wesentlicher gesellschaftlicher Bedeutung tätig waren, garantiert werden. Die Kinder- und Jugendbeauftragten waren an der Ausarbeitung der Schutzkonzepte für alle ausserschulischen Tagesaktivitäten und die Ferienlager beteiligt.

Die Tätigkeiten im Asylbereich im Kanton Freiburg haben ebenfalls stark unter der Coronakrise gelitten. Am 16. März 2020 wurde vom KSA eine Taskforce ins Leben gerufen, welche die Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Gesundheitsmassnahmen für die betroffenen Zielgruppen gewährleisten sollte. Sie war das gesamte Jahr im Einsatz. Das Erstaufnahmezentrum für Asylsuchende «Les Passereaux» hat seinen Betrieb am 1. April 2020 wieder aufgenommen. Dank dieser Massnahme, die vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie getroffen wurde,

konnte die allgemeine Belegung in den Erstaufnahmezentren so reduziert werden, dass sie den Gesundheitsvorgaben entsprach.

Das KSA hat eine Taskforce für soziale Notfälle («Task force accueils d'urgence sociale», TAUS) ins Leben gerufen und koordiniert; darin vertreten sind die spezialisierten Sozialdienste sowie Partnerinnen und Partner des Freiburger Sozialnetzwerkes, insbesondere das Rote Kreuz. Ihr Ziel: Die soziale Notbetreuung im ganzen Kanton gewährleisten, die Leistungen zu Bedingungen aufrechterhalten, die den sanitären Vorgaben entsprechen, den Zugang zu den bestehenden Ressourcen und Informationen erleichtern, Feststellungen und Bedürfnisse weiterleiten und den Austausch und die Zusammenarbeit fördern. Das KSA koordinierte zudem die Anfragen und Finanzhilfen für Selbsthilfeeinrichtungen und -netzwerke.

Im Rahmen der Entschädigung bei Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Corona-Erwerbsersatz) hat der Bund die Ausführung an die kantonalen AHV-Ausgleichskassen delegiert. Die ersten Beträge konnten ab April 2020 entrichtet werden. Im Kanton Freiburg sind rund 30 AHV-Ausgleichskassen aktiv. Schätzungen zufolge haben im Jahr 2020 ca. 10 000 Personen einen Gesamtbetrag von ca. 77 Millionen Franken bezogen. Allein die kantonale AHV-Ausgleichskasse hat im Berichtsjahr 45 Millionen Corona-Erwerbsersatzleistungen ausbezahlt.

2.5.3 Finanzielle Auswirkungen im Pflege- und Sozialbereich

Die Coronakrise hatte auch für Pflege- und familienergänzende Betreuungseinrichtungen erhebliche finanzielle Folgen.

Bei den Spitälern handelt es sich zum einen um Zusatzkosten aufgrund der bereitgestellten Leistungen (Betten, die für Covid-19-Patientinnen und -Patienten reserviert wurden) und eine aufgrund der erforderlichen Schutzmassnahmen komplexeren Versorgung; zum anderen um einen Einnahmeverlust, der namentlich auf den bundesrätlichen Entscheid vom Frühling 2020, alle nicht dringlichen Leistungen während sechs Wochen zu verbieten, und den Entscheid des Staatsrates, ab Oktober 2020 die elektive Tätigkeit in den Spitälern für somatische Pflege einzustellen, zurückzuführen ist. Der Staatsrat hat beschlossen, sich mit einer Finanzhilfe zugunsten des HFR, des HIB, des Dalerspitals und der «Clinique Générale» an den finanziellen Auswirkungen infolge der Coronakrise zu beteiligen. Die definitive Beteiligung des Staates kann jedoch erst im Laufe des Jahres 2021 festgelegt werden. Grosse Unsicherheiten bestehen insbesondere bei der Entwicklung und den Auswirkungen von Corona, was diese Schätzungen erschwert. Des Weiteren laufen auf Bundesebene noch Diskussionen zur finanziellen Beteiligung von anderer Seite, namentlich des Bundes und der Krankenversicherer, an den Kosten und den Einnahmeausfällen aufgrund der Covid-19-Krise.

Damit die Pflegeheime die Coronakrise bewältigen können, hat der Staatsrat ihnen verschiedene Finanzhilfen gewährt, deren Kosten derzeit noch veranschlagt werden; sie werden im Rahmen der Rechnungskontrolle 2020 konsolidiert. Des Weiteren ist es aufgrund der kritischen Lage in den Pflegeheimen (zahlreiche Absenzen beim Personal, Schwierigkeiten bei den Stellvertretungen, Überdotation in den kritischen Phasen, Zeiträume mit vielen freien Plätzen) derzeit nicht möglich, die tatsächliche Pflege- und Betreuungspersonaldotation zu veranschlagen, die 2020 gebraucht wurde (2019: 2070 Vollzeitäquivalente – VZÄ). Dasselbe gilt für den Belegungsgrad (2019: 96,35 %). Nach Analyse werden auch die Spitex-Dienste mit Leistungsauftrag der Gemeindeverbände eine finanzielle Unterstützung erhalten.

Um gegen die finanziellen Auswirkungen der Betriebseinschränkungen in den familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen anzukämpfen, hat der Staatsrat Ende April beschlossen, einen Vorschuss in Höhe von 80 % des veranschlagten jährlichen Beitrags auf den Beitrag Staat–Arbeitgeber/Selbstständigerwerbende zu leisten. Für den Restbetrag konnten die Einrichtungen ihre Jahresstunden unter Berücksichtigung der geleisteten und nicht geleisteten Stunden für die sogenannten «Covid-Monate» beim JA angeben.

Im zweiten Halbjahr 2020 machten es die Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung und ihre Ausführung durch die Kantone möglich, dass die privaten Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung Finanzhilfen für Betreuungsbeiträge der Eltern erhielten, die ihnen in der Zeit vom 17. März 2020 bis 17. Juni 2020 entgangen sind. Von 63 eingereichten Gesuchen um finanzielle Unterstützung wurden 53 gutgeheissen, für einen Gesamtbetrag von 1 260 566 Franken, wovon 67 % vom Kanton getragen wurden. Es wurden Massnahmen

getroffen, um diese finanziellen Entschädigungen den Einrichtungen per 18. Dezember 2020 zu entrichten, damit sie genügend Mittel hatten, um die Löhne ihres Personals zu zahlen.

Im Rahmen der Verordnung über die wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus durch Unterstützung von Personen, die erstmals von Prekarität betroffen und armutsgefährdet sind, hat das KSA die Anfragen und Finanzhilfen für Selbsthilfeeinrichtungen und -netzwerke koordiniert. Die finanzielle Hilfe, die in diesem Rahmen geleistet wurde, beträgt 1 Million Franken.

2.6 Finanzdirektion (FIND)

Die FIND mit drei zentralen Diensten war massgeblich an der Bewältigung der Coronakrise beteiligt. Zum einen hat das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) in Rekordzeit Homeoffice-Lösungen implementiert, so dass die Dienststellen des Staates ihre Dienstleistungen für die Bevölkerung weiter erbringen konnten. Weiter hat das ITA auch für die Ausstattung der Schulen mit neuen Tools zur Gewährleistung des Fernunterrichts und des Austausches gesorgt. Der Staatsrat seinerseits konnte seine Sitzungen, die zur Steuerung der Krisenbewältigung und zur Gewährleistung der Kontinuität der laufenden Geschäfte in kurzen Abständen stattfanden, per Videokonferenz abhalten.

Um die Sicherheit seiner Mitarbeitenden zu gewährleisten, hat der Staatsrat über das Amt für Personal und Organisation Richtlinien erlassen und zahlreiche Massnahmen umgesetzt, um die Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit zu erfüllen. So wurde auf breiter Ebene Homeoffice eingeführt, und an den Arbeitsorten wurden Schutzmassnahmen umgesetzt. Weiter wurden die Blockzeiten aufgehoben, damit die Mitarbeitenden ihre Arbeitstage so organisieren konnten, dass das Ansteckungsrisiko auf dem Arbeitsweg möglichst klein gehalten werden konnte.

Die Finanzverwaltung (FinV) hat sich ihrerseits zur Unterstützung des Kantonalen Führungsorgans (KFO) in allen Finanz- und Budgetfragen zur Verfügung gestellt. Weiter hat sie auch dafür gesorgt, dass die hauptsächlichen Zahlungsverkehrsdienstleistungen gewährleistet waren und die notwendigen ausserordentlichen finanziellen Mittel, zunächst im Gesundheitsbereich (Schutzmaterial) und dann ab Mitte des Jahres zur Unterstützung der betroffenen Wirtschaftssektoren, bereitstanden. Die FinV wurde bei der Vorbereitung der verschiedenen zusätzlichen, im Herbst vom Staatsrat und/oder vom Grossen Rat beschlossenen Unterstützungsmassnahmen intensiv einbezogen (KAE/EO-Ergänzung für Betriebsleiter/innen, Härtefallbeiträge, Beiträge an Miet-, Pacht- und Hypothekarzinsen bei angeordneten Betriebsschliessungen, KAE-Ergänzung für Angestellte von Betrieben, deren Schliessung angeordnet wurde).

2.7 Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD)

Die Pandemie hat im vergangenen Jahr auch die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) vor besondere Herausforderungen gestellt, nicht zuletzt bei der Organisation des Betriebs im Generalsekretariat und in den Ämtern. Nach anfänglicher Unsicherheit gelang es rasch, die Abläufe auf die neuen Anforderungen umzustellen. Das lag vor allem daran, dass ein grosser Teil der Mitarbeitenden bereits mit Laptops ausgerüstet waren und damit auf Homeoffice umstellen konnten. Andere wurden sukzessive mit entsprechenden Geräten ausgestattet, sodass die Dienstleistungen aufrechterhalten werden konnten, auch dank des grossen Einsatzes der Mitarbeitenden selbst.

Im Bereich der Behandlung der Baubewilligungsgesuche erwies es sich als grosser Vorteil, dass im Herbst 2019 die FRIAC-Anwendung eingeführt wurde. Diese erlaubt es, Gesuche von A bis Z elektronisch zu bearbeiten.

Schliesslich wurden in allen Bereichen die Pandemie-Pläne überarbeitet und der neuen Situation angepasst. So konnten auch dort, wo kein Homeoffice möglich ist, die nötigen Arbeiten unter Einhaltung von klaren Schutzkonzepten erledigt werden.

2.8 Staatskanzlei (SK)

Wie alle staatlichen Einrichtungen musste auch die Staatskanzlei (SK) ihre Organisation überprüfen, um die Kontinuität ihrer Leistungen trotz der besonderen Bedingungen im Zusammenhang mit der Pandemie zu gewährleisten.

Die Staatskanzlei stand im Zentrum von Querschnittsprojekten, in die zahlreiche Direktionen und Ämter involviert waren, und im Mittelpunkt der Aktivitäten, die der Staat zur Bewältigung der ausserordentlichen und dann besonderen Lage initiierte. Die Aktivitäten zeigen sich konkret auf drei Ebenen: Beitrag zur Bewältigung der Covid-19-Krise und der Digitalisierung von Leistungen und Abläufen sowie in einigen Sektoren eine starke Zunahme von Druck und Notfällen.

2.8.1 Beitrag zur Bewältigung der Covid-19-Krise

In diesem Bereich sind die folgenden Aktivitäten zu erwähnen:

- > Einrichtung und Durchführung der Konferenz der Generalsekretäre Covid-19, deren Aufgabe es war, das Krisenmanagement innerhalb des Staates zu koordinieren (im Folgenden KGS-Covid-19);
- > aktive Teilnahme am KFO Covid-19 im Bereich der Kommunikation;
- > aktive Teilnahme an der Covid-19-Task-Force, indem sie mehrere ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung in verschiedenen Bereichen des Krisenmanagements entsendet; um diese Zuteilung zu ermöglichen, reduzierten bestimmte Sektoren ihre üblichen Aktivitäten während des Jahres;
- > Organisation von zahlreichen Medienkonferenzen;
- > Organisation und Management eines Übersetzungs-Pikettdienstes an 7 Tagen in der Woche innerhalb des Staates, der durch die Übersetzerinnen und Übersetzer aller Direktionen sichergestellt wird.
- > Am Ende der ersten Welle wurde die Verwaltung der Schutzausrüstung an eine Gruppe delegiert, die sich aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter des HFR, der DMA, des KLV, der GSD und der FIND zusammensetzte. Der ursprünglich in den Polizei-Räumlichkeiten gelagerte Bestand wurde nach Romont (staatliche Gebäude, ehemaliges Tetra Pak-Gelände) verlegt. Die Verwaltung, die Schulen und die Gemeinden verbrauchten 1 168 000 Masken und 13 000 Liter Desinfektionsmittel.

2.8.2 Digitalisierung von Abläufen und Leistungen

Die SK hat die Empfehlungen des Staatsrates zur Telearbeit und alle anderen Massnahmen, die darauf abzielen, die Kontakte so weit wie möglich zu reduzieren, so weit wie möglich umgesetzt. Dies hat dazu geführt, dass sich bestimmte Gewohnheiten und Praktiken ganz grundlegend geändert haben. Die wichtigsten lauten wie folgt:

- > Reorganisation der Art und Weise, wie die Sitzungen des Staatsrats abgehalten werden: von Mitte März bis Ende April 2020 im Videokonferenzmodus, dann wieder vor Ort, jedoch an der Zeughausstrasse 41, da der Staatsrat dort über einen Raum verfügt, in welchem es möglich ist, die Distanzregeln einzuhalten, ab Anfang November 2020 werden die Sitzungen wieder im Videokonferenzmodus durchgeführt;
- > Einführung der qualifizierten elektronischen Signatur für Briefe des Staatsrates, als Pilotprojekt im Staat Freiburg;
- > Absage oder Vertagung von etwa fünfzig Begegnungen und Veranstaltungen, die auf der Agenda des Staatsrats stehen;
- > Aufhebung der Besuche bei Hundertjährigen, die jedoch weiterhin das traditionelle Geschenk der Regierung erhalten.

2.8.3 Zeitraum geprägt von Notfällen aller Art

Generell hat die durch Covid-19 verursachte Gesundheits- und Wirtschaftskrise zusätzlich zu den üblichen Aufgaben zu einer Zunahme der Arbeit und zu turbulenten Zeiten geführt, in denen alle üblichen Arbeitsfristen stark in Frage gestellt wurden.

- > Der Staatsrat befasste sich in 41 Sondersitzungen mit der Bewältigung der Covid-Krise-19.
- > Sektor Übersetzung: Medienmitteilungen, Mitteilungen an die Gemeinden usw. Die Übersetzerinnen und Übersetzer der kantonalen Verwaltung leisteten in der Zeit, in der das kantonale Führungsorgan (KFO) in Betrieb war, an Abenden und Wochenenden sowie an Feiertagen Pikettdienst, so dass für dringende Arbeiten immer eine Übersetzerin oder ein Übersetzer verfügbar war.
- > Sektor Amtliche Veröffentlichungen: Er wurde stark beansprucht, um die vom Staatsrat beschlossenen Massnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie unverzüglich zu veröffentlichen. Um die Notlage zu bewältigen, musste dieser Sektor aussergewöhnliche Verfahren einführen, so etwa für die

Veröffentlichung zusätzlicher wöchentlicher Ausgaben in der ASF (bis zu drei Ausgaben pro Woche), und die gewohnten Verfahren aufgeben. Die Zahl der in diesem turbulenten Jahr veröffentlichten Erlasse übersteigt den seit der Schaffung der ASF im Jahr 2002 gemessenen Jahresdurchschnitt um etwa 25 %.

- > Keine Telearbeit für die Handwerkerinnen und Handwerker des Amtes für Drucksachen und Material (DMA) während des Lockdowns: Obwohl die Arbeitszeiten reduziert wurden, ging die Tätigkeit in den Werkstätten weiter. Der Logistiker hat für verschiedene Warentransporte auch das Team des Zivilschutzes verstärkt.

Trotz der widrigen Umstände haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei immer die notwendigen Schritte unternommen, um sich anzupassen und, wenn nötig, vorübergehend Aufgaben zu übernehmen, die ursprünglich anderen Stellen zugewiesen waren, um zum reibungslosen Funktionieren des Staates beizutragen.

3 Schlussfolgerung

Ein intensives und anstrengendes Jahr geht zu Ende, und man muss zugeben, dass Covid-19 die Regierung und die gesamte Verwaltung und die Freiburger Bevölkerung sehr beansprucht hat. Als Bilanz muss festgehalten werden, dass Covid-19 mehr als 22 000 Freiburgerinnen und Freiburger, darunter auch einige Mitglieder des Staatsrats, befiel. Vor allem starben im Kanton mehr als 400 Personen.

«Das Coronavirus hat in diesem Jahr die Aufmerksamkeit und die Kräfte des Staatsrats ganz für sich beansprucht», betonte Anne-Claude Demierre, Regierungspräsidentin und Direktorin für Gesundheit und Soziales, an ihrer Medienkonferenz zum Jahresende. «An der Spitze des Kantons zu stehen, war keine leichte Aufgabe. Als ich mein Amt antrat, dachte ich bei Weitem nicht daran, dass ich die Aufbietung des kantonalen Führungsorgans und die Schliessung der Schulen ankündigen würde.»

Dennoch stellt der Staatsrat mit Befriedigung fest, dass die Freiburger Gesellschaft aus diesem besonderen Jahr 2020 geeint hervorging. Er bittet alle Freiburger Bürgerinnen und Bürger, in den kommenden Monaten angesichts der unsicheren Situation sowohl im gesundheitlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich zusammenzuhalten. Die finanziellen Auswirkungen der Krise werden zweifelsohne tiefe Spuren hinterlassen. Aber nur gemeinsam, wir alle, können wir diese Pandemie und ihre Folgen besiegen.

Zu Beginn des neuen Jahres möchte der Rat die Gelegenheit nutzen, der Freiburger Bevölkerung für ihre bisherigen Bemühungen zu danken und sie zu ermutigen, in dieser Richtung weiterzumachen und die gesundheitlichen Massnahmen gewissenhaft einzuhalten. Hier setzt das Motto an, das der Staatsrat für das Jahr 2021 gewählt hat: «Wir brauchen Entscheidungen, die nachhaltig sind. Nur so kann diese Krise und ihre Folgen in allen Lebensbereichen langfristig überwunden werden».